**VEREINTE
NATIONEN**

Sicherheitsrat

Verteilung
ALLGEMEIN
S/RES/1161 (1998)
9. April 1998

RESOLUTION 1161 (1998)

*verabschiedet auf der 3870. Sitzung des Sicherheitsrats
am 9. April 1998*

Der Sicherheitsrat,

unter Hinweis auf alle seine früheren Resolutionen über die Situation in Ruanda, insbesondere seine Resolutionen 918 (1994) vom 17. Mai 1994, 997 (1995) vom 9. Juni 1995, 1011 (1995) vom 16. August 1995, 1013 (1995) vom 7. September 1995 und 1053 (1996) vom 23. April 1996,

unter Verurteilung der anhaltenden Gewalt in Ruanda, namentlich des an Zivilpersonen, darunter auch Flüchtlingen, begangenen Massakers von Mudende im Dezember 1997 sowie ähnlicher Gewalthandlungen, die im ostafrikanischen Zwischenseengebiet, namentlich in Burundi, beobachtet wurden,

mit dem Ausdruck seiner ersten Besorgnis über Meldungen, wonach an die ehemaligen ruandischen Regierungstreitkräfte und Milizen unter Verstoß gegen das gemäß seinen Resolutionen 918 (1994), 997 (1995) und 1011 (1995) verhängte Embargo Rüstungsgüter und sonstiges Wehrmaterial verkauft und geliefert wurden, sowie *unterstreichend*, daß die Regierungen Maßnahmen ergreifen müssen, um die wirksame Anwendung des Embargos sicherzustellen,

mit dem Ausdruck seiner Anerkennung für die Mitglieder der Internationalen Untersuchungskommission nach Resolution 1013 (1995) für die von ihnen durchgeführten Untersuchungen und insbesondere für ihren Schlußbericht (S/1997/1010) und dessen Addendum (S/1998/63),

feststellend, daß die wirksame Weiterverfolgung der Arbeit der Kommission aufgrund der ausgedehnten Gewalt in der östlichen Region des ehemaligen Zaire im Oktober 1996 vorübergehend eingestellt werden mußte, jedoch *in der Erkenntnis*, daß die Untersuchung des

illegalen Zustroms von Waffen nach Ruanda, der die Gewalt schürt und zu einem neuen Völkermord führen könnte, wiederaufgenommen werden und in konkrete Empfehlungen für ein Tätigwerden des Sicherheitsrats münden muß,

in Bekräftigung der Notwendigkeit einer langfristigen Lösung des Flüchtlingsproblems und der damit zusammenhängenden Probleme im Hoheitsgebiet der Staaten des ostafrikanischen Zwischenseengebiets,

sowie bekräftigend, wie wichtig es ist, gegen Radiosendungen und Schmähschriften vorzugehen, die Haß und Furcht in der Region verbreiten, und *unter Hervorhebung* der Notwendigkeit, daß die Staaten den Ländern der Region beim Vorgehen gegen derartige Radiosendungen und Veröffentlichungen helfen,

1. *ersucht* den Generalsekretär, die Internationale Untersuchungskommission mit folgendem Auftrag wieder einzusetzen:

a) Sammlung von Informationen und Untersuchung von Berichten über den Verkauf, die Lieferung und den Transport von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial an die ehemaligen ruandischen Regierungstreitkräfte und Milizen im ostafrikanischen Zwischenseengebiet unter Verstoß gegen die Resolutionen des Sicherheitsrats 918 (1994), 997 (1995) und 1011 (1995);

b) Ermittlung der Parteien, die unter Zuwiderhandlung gegen die genannten Resolutionen Beihilfe zum illegalen Verkauf oder Erwerb von Rüstungsgütern durch die ehemaligen ruandischen Regierungstreitkräfte und Milizen leisten; und

c) Empfehlung von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem illegalen Zustrom von Waffen in das ostafrikanische Zwischenseengebiet;

2. *fordert* alle Staaten, die zuständigen Organe der Vereinten Nationen, namentlich auch den Ausschuß nach Resolution 918 (1994), und, soweit angezeigt, andere Organisationen und interessierte Parteien *auf*, in ihrem Besitz befindliche Informationen im Zusammenhang mit dem Mandat der Kommission zusammenzutragen und der Kommission diese Informationen so bald wie möglich zur Verfügung zu stellen;

3. *fordert ferner* die Regierungen der betroffenen Staaten, in denen die Kommission ihren Auftrag wahrnehmen wird, *auf*, mit der Kommission bei der Erfüllung ihres Mandats uneingeschränkt zusammenzuarbeiten, insbesondere indem sie den Ersuchen der Kommission entsprechen, was die Gewährung von Sicherheit, Unterstützung und Zugang bei der Durchführung ihrer Untersuchungen betrifft, wie in Ziffer 5 der Resolution 1013 (1995) festgelegt;

4. *fordert* alle Staaten im ostafrikanischen Zwischenseengebiet *auf*, sicherzustellen, daß ihr Hoheitsgebiet nicht von bewaffneten Gruppen als Stützpunkt benutzt wird, um unter Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen und andere Bestimmungen des Völkerrechts in andere Staaten einzufallen oder diese anzugreifen;

5. *fordert* alle Staaten und zuständigen Organisationen *nachdrücklich auf*, beim Vorgehen gegen Radiosendungen und Veröffentlichungen, die zu Völkermord, Haß und Gewalt in der Region anstacheln, zusammenzuarbeiten;

6. *legt* den Staaten *nahe*, freiwillige Beiträge an den Treuhandfonds der Vereinten Nationen für Ruanda zu entrichten, um die Finanzmittel für die Arbeit der Kommission bereitzustellen und Ausrüstungsgegenstände und Dienstleistungen für die Kommission beizusteuern;

7. *empfiehlt*, daß die Kommission ihre Arbeit so bald wie möglich wiederaufnimmt, *ersucht* den Generalsekretär, dem Rat über die Wiedereinsetzung der Kommission Bericht zu erstatten, und *ersucht ihn ferner*, dem Rat binnen drei Monaten nach der Wiedereinsetzung der Kommission einen Zwischenbericht über ihre ersten Schlußfolgerungen vorzulegen, dem drei Monate später ein Schlußbericht mit ihren Empfehlungen folgt;

8. *verleiht erneut* seiner Besorgnis darüber *Ausdruck*, daß der unkontrollierte illegale Zustrom von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial unter Verstoß gegen die genannten Resolutionen eine Bedrohung des Friedens und der Stabilität im ostafrikanischen Zwischen-seengebiet darstellt, und *bekundet* seine Bereitschaft, weitere Maßnahmen in dieser Hinsicht, einschließlich der unter Ziffer 1 Buchstabe c) genannten und aller anderen von der Untersuchungskommission vorgelegten Empfehlungen, in Erwägung zu ziehen;

9. *beschließt*, mit der Angelegenheit befaßt zu bleiben.